



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/59 - 11.3.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Kostspieliges Europäertum	S. 1
Zum Konflikt in der Labour-Party	S. 5
Tauziehen im Berliner Senat	S. 4
Ein Unfall der "Neuen Zeitung"	S. 6

Der Kohlepreis der Neu - Europäer

R.D. Wenn man uns während der Schuman-Plan-Debatte zu erklären versuchte, die Montan-Union habe den Zweck, durch Öffnung eines großen europäischen Marktes und Beseitigung der Zollschränken für Kohle und Stahl die günstigsten und billigsten Produktionsbedingungen und damit einen gehobenen europäischen Lebensstandard zu erreichen, so demonstrieren uns jetzt die deutschen Neu-Europäer am Kohlepreis, was sie tatsächlich gemeint haben. Sie manipulieren einen europäischen Kohlepreis - nicht, indem sie versuchen, diesen Preis an den niedrigen deutschen anzugleichen, das wäre auch ganz gegen die Geistesrichtung deutscher Unternehmer und Wirtschaftspolitiker, sie gleichen die deutschen Kohlepreise dem höheren europäischen Niveau an.

Es sind nicht die angestiegenen Kosten, die eine Erhöhung des Kohlepreises erzwingen. Der Kohlenbergbau ist noch mehr unrentabel. Selbst die Randzecher arbeiten heute mit Gewinn, wenn auch die Deutsche Kohlenbergbaubehörde und das Bundeswirtschaftsministerium mit Kostenkonstruktionen das Gegenteil zu beweisen versuchen. Die guten Gruben erzielen sogar erhebliche Gewinne, wie aus den vorliegenden Abschlußbilanzen ersichtlich ist.

Aber am 31 März läuft die bisherige Kohlepreisregelung ab. Sie hat vorübergehend das System der gebundenen Festpreise durchbrochen und einen regellosen Preis-Schwarzmarkt geschaffen.

indem sie Überpreise für eine freie Spitzenförderung erlaubte und so den Boden für eine allgemeine Preiserhöhung vorbereitete. Das war ihr einziger Zweck. Inzwischen sind die Gruben auf den Geschmack gekommen, immer mehr Kohle verschwand in schwarzen Kanälen und brachte nicht nur den Markt, sondern auch die Förderstatistik in Unordnung. So bereitete Prof. Erhard psychologisch die jetzt geplante allgemeine Preiserhöhung vor, für die die Deutsche-Kohlenbergbauleitung Steigerungen von 8,- bis 13,- M pro Tonne vorschlägt. Mit diesen 13,- M wäre der Anschluss an das Exportpreisniveau denn glücklich erreicht.

Zwei Fliegen glaubt man auf diese Weise mit einer Klappe schlagen zu können. Erstens hätte man sich dem Vorwurf der europäischen Partnerländer entzogen und für die Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft die gleichen (allerdings ungünstigsten) Startbedingungen geschaffen; zum anderen wäre Erhard der Sorge um die Beschaffung der Investitionsmittel für den Kohlebergbau ledig. Schon viermal innerhalb seiner Amtstätigkeit ist es ihm auf dem Wege über die Erhöhung des Kohlepreises gelungen, das ganze deutsche Preisniveau in Bewegung zu bringen, die Löhne nachhinken zu lassen und so über den Preis die "Selbstfinanzierung" der Wirtschaft zu ermöglichen. So wird es wieder bei der Kohle beginnen, Stahl und Eisen werden folgen und nach ihnen alles was Kohle, Stahl und Eisen verbraucht. Nicht genug damit, man erwägt auch die Verteuerung der Hausbrandkohle und will den sozial Schwachen über Verbilligungsgescheine eine Vergünstigung gewähren. Das würde wieder dem Finanzminister Anlaß sein, auf das soziale Verständnis der Bundesregierung zu verweisen, obgleich dieser "soziale" Aufwand allein den Preiswucher im Bergbau zulließen würde. In ähnlicher Weise sind erhebliche Teile der sozialen Leistungen des Bundes bereits den Anhängern der Regierungskoalition zugeflossen.

Bei einer Förderung von 120 Mio t pro Jahr würde uns die Erhöhung des Kohlepreises um 8,- M fast eine Mrd., bei 13,- mehr als 1,5 Mrd M kosten. Abgesehen von dem Exportanteil (etwa 20%) würde das allein vom deutschen Verbraucher zu tragen sein und zwar teils direkt über den Preis, teils über Steuern und Sozialleistungen. Aber dabei bleibt es nicht! Die Weiterwälzung dieser Erhöhung in Produktion und Handel, wobei unvermeidlich ist, daß in allen Wirtschaftszweigen einiges mehr hängen bleibt - inklusive bei der Steuer - wird uns einige Milliarden unserer Verbrauchsquote kosten. Und das ist der Sinn dieser neu-europäischen Lösung. Bewahrt uns der Himmel vor dieser Art Europäertum - wenn es die Anderen mit ihren Rohstoffen ähnlich halten.

Attlee oder Bevan ?

F.S. - London

Es muß zugegeben werden, daß die Auseinandersetzungen, die im Verlaufe der letzten Woche in der Fraktion der Labour Party stattfanden, schwerwiegender Natur sind. Von einer Krise oder gar Spaltung zu sprechen, bleibt der Konservativen Partei und der bürgerlichen Presse vorbehalten, 57 Labour-Abgeordnete sind am Schluß der Wehrdebatte der Abstimmung fern geblieben, die über einen von Attlee eingebrachten Zusatz-Antrag entschied. Die Labour-Parlamentsgruppe, die 295 Abgeordnete umfaßt, war vorher durch Mehrheitsbeschluß zu der Entscheidung gelangt, für den Zusatz-Antrag zu stimmen, der zwar das Aufrüstungsprogramm Churchills gutheißt, aber der Regierung die Fähigkeit abspricht, dieses Programm auch durchzuführen. Den "Rebellen" war der Zusatz-Antrag nicht weitgehend genug. Sie stimmten gegen das Regierungsprogramm, obwohl dieses noch von Labour zu einer Zeit geplant wurde, als die Partei noch in der Regierung saß. Die Wiederaufrüstung, so argumentiert die Bevan-Gruppe, sei in dem geplanten Ausmaß unnötig und undurchführbar.

Die von beiden Gruppen gewünschte schnelle Einberufung der Parteikörperschaften läßt darauf schließen, daß sowohl Attlee als auch Bevan die entstandene Situation als unhaltbar ansehen und auf Entscheidung drängen. Unterrichtete Kreise rechnen damit, daß die Parteileitung und die Fraktion entscheidende Maßnahmen treffen werden, die den "Bevaniten" künftig keine Gelegenheit geben, Mehrheitsbeschlüssen auszuweichen.

Die Gruppe Bevan wird unterliegen. Von den 57 Abgeordneten, die gegen Attlee stimmten, gehören nur etwa 20 dem eigentlichen Bevan-Kreis an. Die übrigen bilden in diesem Falle eine "Zufallsmehrheit", der vor allem die Pazifisten in der Fraktion angehören, die bei anderen Anlässen nie für die Opposition stimmen würden. In dem aus 27 Mitgliedern bestehenden Parteivorstand ist Bevan mit drei anderen Anhängern vertreten.

Viel wesentlicher ist die Frage, ob die Opposition auch innerhalb der Mitgliedschaft einzudämmen ist, die seit Monaten von der

Bevan-Gruppe beeinflusst wird. Einer ihrer Hauptvertreter, R. Crossman, hat jetzt zwar sehr schnell erklärt, daß von einer Spaltung nicht die Rede sein kann, und vorsichtigerweise hat er Attlee schon wieder als Parteiführer anerkannt. Diese Politik der Bevan-Gruppe, nach außen anerkennend, nach innen ablehnend, hat aber schon zu viel Verwirrung angerichtet. Die Leitung der Labour Party hat seit einiger Zeit Ausschüsse eingerichtet, die auch den Angehörigen der Bevan-Gruppe die Möglichkeit gaben, die bisherige politische Linie der Partei zu überprüfen und gegebenenfalls eine neue Ausrichtung auf den Gebieten der Außen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik zu finden. Die Hoffnung des Parteivorstandes, damit den Richtungsstreit von der Mitgliedschaft fern zu halten, hat sich nicht erfüllt. Infolgedessen wird er jetzt zu Sicherungen übergehen, die auch von den Gewerkschaften gefordert werden.

Westberliner Alternativen

Von Willy Brandt, MdB

Die Krise im Schöneberger Rathaus ist keineswegs behoben. Am 20. März tritt das Abgeordnetenhaus wieder zusammen - tags darauf wird der Untersuchungsausschuß der Vereinten Nationen in Berlin erwartet. Bis dahin wird die Lage so oder so geklärt werden müssen. Falls es gelingt, der Dreiparteienregierung eine neue politische Basis zu geben, wird ein dem Ansehen Berlins gewiß nicht förderliches Zwischenstück beendet werden können. Mißlingt der Versuch Reuters, wird sich das Stadtparlament nach einem neuen Senat umsehen müssen.

Die Krise der vorigen Woche wurde durch eine Personalfrage ausgelöst: Kinnaird verlangten die bürgerlichen Parteien, der sozialdemokratische Stadtschulrat solle entgegen allen beamtenrechtlichen Grundsätzen das Feld räumen. Zum ändern entschied die bürgerliche Mehrheit des Senats in dieser Frage, entgegen einer ernststen Warnung des Regierenden Bürgermeisters, in Abwesenheit der sozialdemokratischen Senatsmitglieder. In dieser Lage trat Ernst Reuter vor das Abgeordnetenhaus.

Deutliche Worte waren erforderlich. Den nichtsozialistischen Parteien mußte gesagt werden, daß die Fraktion Berlins durch die von ihnen in zunehmendem Maße betriebene Interessentenpolitik nur geschwächt werden kann. Das Problem ist die unmittelbar bevorstehende

Schaffung eines Landesbeamtengesetzes, durch das die Bürgerlichen den unter das Gesetz fallenden Personenkreis aus der einheitlichen Krankenversicherung herauslösen wollten. Reuter hat sich gegen eine solche Politik der Aushöhlung gewandt. Er hat jene Gruppen bloßgestellt, die aus bedauerlichen Vorfällen in der Berliner Polizei parteipolitisches Kapital schlagen wollten. Und er hat in aller Sachlichkeit darauf hingewiesen, daß auf schulpolitischem Gebiet sachliche Lösungen möglich wären, wenn die Atmosphäre nicht immer wieder propagandistisch vergiftet würde.

Zunächst sah es so aus, als ob Reuters deutliche Erklärungen den Bruch der bisherigen Zusammenarbeit unmittelbar nach sich ziehen würden. Im Senat wurde dann von den bürgerlichen Vertretern der Vorschlag gemacht, man solle es noch einmal mit der Neuformulierung einer Regierungserklärung versuchen. Dagegen war vom Standpunkt der SPD nichts einzuwenden. Auch die FDP erklärte sich mit einem solchen Versuch einverstanden.

Die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus glaubte zunächst Nein sagen zu müssen. Aber auch ohne sie war die vom Senat erbetene Vollmacht durch eine solide Mehrheit gedeckt. Am vergangenen Sonnabend hat dann aber der Landesausschuß der CDU einen Antrag des "radikalen" Flügels abgelehnt, dessen Annahme die sofortige Abberufung der CDU-Mitglieder aus dem Senat zur Folge gehabt hätte. Inzwischen war als Abgesandter Adenauers auch der Staatssekretär Dr. Lenz in Berlin eingetroffen. Er behauptete ausdrücklich, nicht gekommen zu sein, um Öl ins Feuer zu schütten. Der Beschluß der CDU bedeutet denn auch, wenn man vom Beiwerk absieht, daß man die neuen Vorschläge abwarten will - falls sich der Senat auf solche verständigen kann.

Es gibt jetzt drei Alternativen. Die erste besteht in der Fortsetzung der Zusammenarbeit zwischen den drei demokratischen Parteien. Angesichts der psychologischen Belastungen, die in der letzten Zeit eingetreten sind, müßte in diesem Fall mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die Krise über kurz oder lang doch wieder ausbricht.

Als zweite Möglichkeit könnte man sich einen von der SPD und FDP gemeinsam getragenen Senat vorstellen. Für die Bereinigung der Atmosphäre wäre es wahrscheinlich vorteilhaft, wenn eine der Parteien im Abgeordnetenhaus künftig in Opposition stünde. Aber die FDP dürfte vor dieser Lösung zurückschrecken, denn sie befürchtet, von der CDU in einem kommenden Wahlkampf mit dem Blick nach rechts überhandet zu werden.

Drittens bliebe eine durch FDP und CDU vollzogene Senatsbildung durch die Ernst Reuter bis auf weiteres ein Platz auf der Oppositionsbank zugewiesen würde. Die beiden bürgerlichen Parteien verfügen allerdings im Abgeordnetenhaus nur über eine Mehrheit von fünf Stimmen. Sie würden auch einem starken Druck aus den Reihen der Bevölkerung ausgesetzt sein. Es spricht daher viel für die Annahme, daß eine Lösung, die zum Ausscheiden der Sozialdemokraten aus dem Senat führte, keine lange Dauer haben könnte. Die Frage von Neuwahlen würde sich aufdrängen. - Wenn es aber nicht anders geht, wird die SPD auch in der Opposition und mit dem Blick auf die Mobilisierung der Wähler ihre Pflicht tun für Berlin und im Dienste der gesamtdeutschen Aufgabe.

+ + +

Hier machte sich der Kanzler stark ...

Ein wohl einmaliger Fall in der Zeitungsgeschichte der Nachkriegszeit: "Die Neue Zeitung", das Organ der amerikanischen Besatzungsmacht in Deutschland, rückt offiziell von einem Leitartikel ab, der einige Tage vorher in ihren Spalten erschienen war. Unter dem Titel "Nichts ist so fein gesponnen", hatte sich die NZ mit der Personalpolitik im Auswärtigen Amt beschäftigt und daran die Frage geknüpft, wie man das Vertrauen zu Deutschland wiedergewinnen könne, "wenn man in seinen Dienst Männer stellt, die nicht allein ein erstaunliches Geschick bewiesen haben, ihre Posten während des nationalsozialistischen Regimes zu halten, sondern ganz offenkundig diesem Regime ihre Dienste bei der Begehung der scheußlichsten Verbrechen zur Verfügung gestellt haben".

"Die Neue Zeitung" bezog sich dabei auf die Enthüllungen im Rademacher-Prozess und auf die bisher bekanntgewordenen Ergebnisse des parlamentarischen Untersuchungsverfahrens gegen wieder in den Dienst gestellte Beamte der Wilhelmstraße, die heute die Bundesrepublik als Gesandte und Konsule im Ausland vertreten. Sollte nicht Bonn, meinte die NZ, alles Interesse daran haben, durch klare, unmißverständliche Maßnahmen abschließend den deutschen Staatsbürgern und dem Ausland gegenüber das Fundament eines neuen Vertrauens zu legen?

Der Bundeskanzler und Außenminister Adenauer lobte. Diese schonungslose Bloßstellung der wundensten Punkte seiner gerade in dieser Hinsicht stark umstrittenen und fragwürdigen Personalpolitik hatte er von dieser Seite nicht erwartet. Als Außenminister trägt er die Verantwortung für die gesamte Personalpolitik des AA. Möglicherweise stand er auch unter dem Druck der DP, die sich, das machte besonders deren Parteitag in Hessen deutlich, heute als ausgesprochene Schutzherrin aller ranponierten ehemaligen Helfershelfer des Dritten Reiches betrachtet. Vielleicht drohte dadurch eine Koalitionskrise ... Also schrieb Dr. Adenauer an McCloy, er habe genug Scherereien und Unannehmlichkeiten mit den diversen Untersuchungsausschüssen, die die Personalpolitik des AA unter die Lupe nehmen.

Der amerikanische Hochkommissar reagierte prompt. So schnell haben Amerikaner selten nachgegeben. Diese Konzession fiel ihnen auch nicht schwer. Der Leitartikel sei "unangebracht" gewesen, mußte sich die NZ vom 11. März in Auftrage der US-Hochkommission berichtigen.

Ja, so weit ist es schon gekommen. Um den Preis eines deutschen Verteidigungsbeitrages ist die US-Hochkommission anscheinend bereit, selbst schwerbelastete Angehörige des AA stillschweigend zu akzeptieren. Auch wenn darunter Leute sind, die durch ihre Willfährigkeit und Karriere sucht im Dritten Reich dazu beigetragen haben, den deutschen Namen mit Schande zu bedecken.

-ler

Verantwortlich: Peter Rannau